

© **Schwerpunkt »Agrarindustrie und Bäuerlichkeit«**

Mehr Macht den Konzernen?

Die Bürgerbewegung gegen TTIP, CETA und die EU-Handelspolitik wächst

von Berit Thomsen

Im Juni 2013 haben die EU und die USA Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) aufgenommen. Bereits im Jahr 2009 begannen die Gespräche zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA). Diese wie auch zahlreiche weitere bi- und plurilaterale Verhandlungen über Handelsabkommen werden geheim geführt. Parlamente, Bürger und Nichtregierungsorganisationen sind bewusst außen vorgehalten, während Konzerne und europäische bzw. global agierende Unternehmen insbesondere der Agrar- und Ernährungsindustrie ihre Interessen durch Beteiligung an den Verhandlungen und intensives Lobbying einbringen. Sie sind es, die durch Regelungen, wie beispielsweise den Investorenschutz, zum Profiteur der Abkommen werden können. Aber noch ist die Entscheidung nicht gefallen. Die öffentliche Auseinandersetzung über den »Freihandel« und seine Ziele hat 2014 erst so richtig begonnen.

Mit dem Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (*Transatlantic Trade and Investment Partnership* – TTIP) soll die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Zusammen stellen die beiden Abkommenpartner fast die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die letzten verbliebenen Zölle sollen wegfallen, Wachstum und Arbeitsplätze werden versprochen. Letzteres gilt auch für das ein paar Jahre ältere und seit Anfang August 2014 als Vertragsentwurf auch für die Parlamentarier in den EU-Mitgliedsstaaten vorliegende Handelsabkommen der EU mit Kanada (*Comprehensive Economic and Trade Agreement* – CETA). Zu diesem Zeitpunkt noch nicht für die Öffentlichkeit vorgesehen, wurde es jedoch »geleakt« (inoffiziell veröffentlicht) und befindet sich seit Ende September 2014 auch offiziell auf der Homepage der EU-Kommission.

Nach Abschluss der geheimen Verhandlungen, die für die EU von Vertretern der EU-Kommission geführt wurden, muss CETA, wie alle anderen Handelsabkommen auch, von dem EU-Handelsrat und dem EU-Parlament ratifiziert werden. Inwieweit auch die Parlamente der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zustimmen müssen, ist zwischen der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsländern noch strittig. Die Bundesregierung wie auch ein vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten vertreten die Auffassung, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf um ein »gemischtes Abkommen« handelt, dass also die

Inhalte über Handelsfragen hinausgehen und Belange der EU-Mitgliedstaaten betreffen. Bei gemischten Handelsabkommen müssen dann auch alle EU-Länder (Parlamente und/oder Räte) darüber abstimmen.

Diese Art von Geheimhaltung hat es bei den multilateralen Verhandlungen der letzten Jahre in der Welt Handelsorganisation (WTO) zwar nicht gegeben. Dennoch haben erst globalisierungskritische Gruppen, allen voran Attac, die vielen gesellschaftsschädigenden Inhalte der Verhandlungen ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Außerdem haben sich insbesondere die armen und ärmsten Länder dieser Welt zusammenschlossen und erstmals Instrumente in die Verhandlungen eingebracht, mit denen sie ihre nationale und lokale Wirtschaft schützen konnten. Das war aber nicht im Sinne der Konzerne und der Industrie. So sind die WTO-Verhandlungen im vergangenen Jahrzehnt ins Stocken geraten. Europas bilaterale Handelsabkommen aber boomen seither und werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und damit auch der Kritiker verhandelt.

Bürger außen vor

»Hauptsache, die Bürgerinnen und Bürger bleiben außen vor!« Das scheint die Devise der EU-Kommission etwa im Herbst 2014 gewesen zu sein, als sie die geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) »Stop

TTIP« mit hanebüchenen Argumenten abschmettete. Die Ablehnung der EBI wird damit begründet, die Verhandlungsmandate zu TTIP und zum CETA seien keine Rechtsakte, sondern interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen und insofern durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar. Michael Efler, Kontaktperson dieser EBI, sagt dazu: »Die Auffassung der Kommission, dass nur Rechtsakte mit Wirkung auf Dritte durch eine EBI berührt werden dürfen, ist offensichtlich rechtsfehlerhaft. Das Verhandlungsmandat der Kommission ist ein förmlicher Beschluss des Rats und ein Rechtsakt. Würde die Rechtsauffassung der Kommission Bestand haben, hieße das im Klartext: Der Bevölkerung sind bei der Entwicklung internationaler Verträge jeder Art die Hände gebunden – eine Auskunft, die ebenso erschreckend wie skandalös ist.«¹

Zuvor erreichten im Sommer in einem Zeitraum von etwa vier Monaten knapp 150.000 elektronische Stellungnahmen die EU-Kommission. Zeitweise häuften sich die Zugriffe auf die Website der obersten euro-

Europäische Bürger wehren sich

Mit dem Start der Verhandlungen zum TTIP im Jahr 2013 hat sich in Deutschland binnen kurzer Zeit ein zivilgesellschaftliches Bündnis »TTIP unfairhandelbar« formiert.² Mehr als 60 Organisationen sind bisher diesem Bündnis beigetreten. Die Bandbreite reicht von Verbänden aus Umwelt-, Naturschutz, Entwicklungspolitik, Landwirtschaft, Verbraucher-, Datenschutz und gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung. Dieses Bündnis begleitet seither die Entwicklungen in der Handelspolitik mit Analysen, Aktionen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit und arbeitet eng mit der europäischen und transatlantischen kritischen Bewegung zur Handelspolitik zusammen. In Deutschland sind allein 2014 im ländlichen Raum rund 300 Veranstaltungen zu TTIP und CETA durchgeführt worden, organisiert von engagierten Bäuerinnen und Bauern.

Ein aus über 240 Organisationen bestehende europäische Bündnis wird die Europäische Bürgerinitiative (EBI) »Stop TTIP« wie geplant durchführen, auch und gerade wegen der fehlenden Anerkennung durch die EU-Kommission. Diese EBI wird ab dem Start im Oktober 2014 mehrere Monate dauern und somit in das Jahr 2015 hinein reichen. Das EBI-Bündnis, das vor Einreichung der Bürgerinitiative ein eigenes Rechtsgutachten zur Zulässigkeit der Initiative eingeholt hatte, erwägt auch rechtliche Schritte gegen die Aberkennung durch die EU-Kommission und will den für diesen Fall vorgesehenen Weg vor den Europäischen Gerichtshof prüfen.

Mitmachen bei der EBI unter <http://stop-ttip.org/>.

päischen Behörde so sehr, dass die Server abstürzten. Die Rede ist von der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zu dem Kapitel über Investitionsschutz in dem umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP.

Das sei eine »regelrechte Attacke« gewesen, lässt sich Handelskommissar Karel De Gucht in diversen Medien zitieren. In einer ersten quantitativen Auswertung wird deutlich, dass kritische Nichtregierungsorganisationen und Bürger eine große Anzahl der Stellungnahmen zugesendet haben. Es lässt tief in das Demokratieverständnis von EU-Kommissar De Gucht blicken, wenn er inhaltliche Meinungs- und Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern als »Attacke« bezeichnet. Die meisten Stellungnahmen kamen aus Großbritannien, gefolgt von Österreich und Deutschland. Mit einigem Abstand haben sich auch die Franzosen, Belgier, Niederländer, Spanier und Ungarn an der Konsultation beteiligt.³ Für die nächsten Monate hat die EU-Kommission die qualitative Auswertung dieser Konsultation angekündigt.

Sowohl der Vertragstext von CETA als auch entsprechende Positionspapiere zu TTIP zeigen nicht nur aus landwirtschaftlicher Sicht, dass die höheren Standards in der europäischen Lebensmittelerzeugung auf dem Spiel stehen. Das Einfalltor dafür bilden insbesondere zwei vorgesehene Instrumente: der Investitionsschutz und die »Regulatorische Kooperation«. Diese bieten Konzernen nicht nur der Agrar- und Ernährungsindustrie auf beiden Seiten des Atlantiks die Möglichkeit, gegen unliebsame Regulierungen vorzugehen und diese aufzuweichen oder auch zu verhindern. Das kann unter anderem die Gentechnik, den Pestizideinsatz, Klonfleisch oder den Tierschutz betreffen. Damit können Konzerne an dem Willen der Bürgerinnen und Bürger vorbei die Politik mitbestimmen. Das steht einer Weiterentwicklung einer bäuerlichen, qualitativ hochwertigen und zukunftsfähigen Lebensmittelerzeugung entgegen.

Regeln im Interesse der Konzerne

Der Investitionsschutz birgt ein scharfes Schwert für die Stärkung von Konzernrechten. Vor geheimen Schiedsgerichten können Konzerne oder deren Außenstellen ihre Gastländer auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen, wenn sie der Meinung sind, dass ihnen etwa durch eine neue Gesetzgebung aktuell oder zukünftig Gewinne entgehen (siehe dazu unten den Beitrag von Alessa Hartmann). Diese Paralleljustiz steht in starker öffentlicher Kritik. Dabei sind auch aus der Politik Stimmen unterschiedlichster Parteizugehörigkeit zu hören, wonach sie ein TTIP oder auch die fertigen Handelsverträge zum CETA-Abkommen, die einen Investitionsschutz enthalten, nicht durch die Parlamente und Räte winken würden. Experten deuten

das aber auch als Ablenkungsmanöver, um die Bewegung zu beschwichtigen.

Außerdem stellt sich die Frage, ob ein Ausschluss des Investitionsschutzes reicht? Denn für Industrie und Konzerne soll neben dem Investitionsschutz eine »Regulatorische Kooperation« eingerichtet werden, die ihnen die Möglichkeit eröffnet, unliebsame Regulierungen abzuwenden. Dieses Kapitel stand laut EU-Kommission während der sechsten und jüngsten TTIP-Verhandlungsrunde auf der Tagesordnung und ist laut offiziellen Angaben auf »freiwilliger« Basis in den Verhandlungstexten zum CETA-Abkommen aufgenommen worden. Wie dieses Instrument arbeiten soll, ist einem geheimen EU-Positionspapier zur Regulatorischen Kohärenz zu entnehmen.⁴ Außerdem wird dieses Instrument in den USA bereits in der Praxis angewendet und lässt Rückschlüsse auf seine künftige Anwendung zu.

Demnach soll die Regulatorische Kohärenz in zwei wesentliche Teile gesplittet werden. Zum einen soll eine regulatorische Zusammenarbeit stattfinden. Das bedeutet, dass neue Gesetzesinitiativen im jeweiligen Staat den Vertragspartnern vorab mitgeteilt werden. Das kann sogar soweit gehen, dass »die USA zu benachrichtigen sind, noch bevor ein Gesetzesvorschlag von der Kommission initiiert wird«, analysiert Virginia Robnett, von der US-Nichtregierungsorganisation Coalition for Sensible Safeguards (»Koalition für sensible Schutzmechanismen«), einer breiten Interessensgruppe von Verbrauchern, Mittelstand, Gemeinden und Gesundheitswesen.⁵ Damit wird ein neuer Informationsfluss als eine Art Vorwarnsystem für Konzerne eingerichtet.

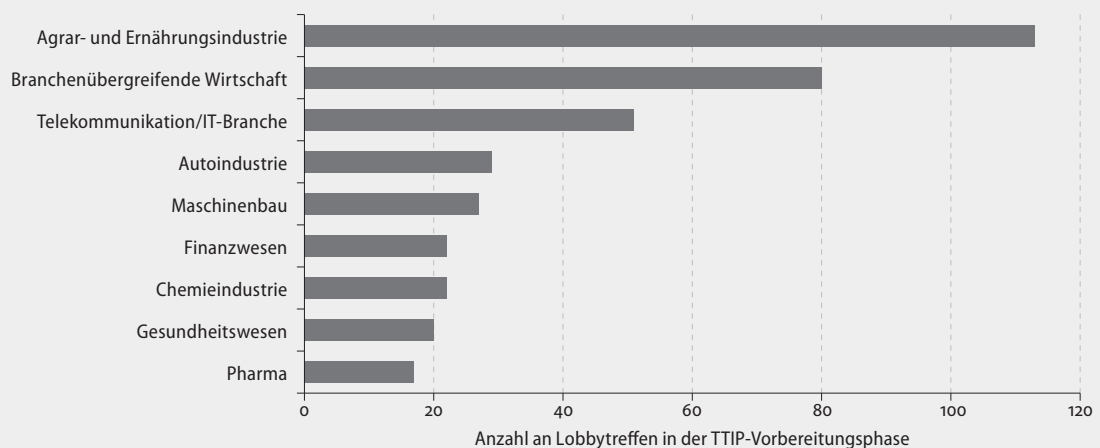
Zum anderen soll ein Regulatorischer Kooperationsrat installiert werden. »Gemäß dem EU-Positi-

onspapier über regulatorische Kohärenz wird dieser Rat unter Beteiligung von hochrangigen Vertretern der Kommission, Handelsbehörden und dem berüchtigten Friedhof für vernünftige Regulierung in den USA, dem Office of Information and Regulatory Affairs (OIRA), besetzt«, schreibt Robnett in ihrer Stellungnahme zur öffentlichen TTIP-Anhörung im Bundestag am 30. Juni 2014.⁶ In den USA ist es längst Praxis, dass die Industrie bei neuen Gesetzesvorschlägen Revision bei der OIRA einlegen kann mit dem Ergebnis, dass nach oft jahrelangen Prozessen am Ende verwässerte Gesetze stehen – oder wie es Robnett ausdrückt: »ein Friedhof für ambitionierte Gesetzesinitiativen«.

Druck auf die Landwirtschaft

Nicht nur am Beispiel des Schweinesektors lässt der CETA-Vertragstext erkennen, was derartige Abkommen für die EU-Landwirtschaft bedeuten: Die europäischen Bauern werden weiter unter Druck geraten. Kanada hat die zollfreie Exportquote für Schweinefleisch in die EU von 5.549 Tonnen auf 80.549 Tonnen angehoben.⁷ Somit bedeutet CETA eine Erhöhung der Quote um das Sechszehnfache. Während in Kanada in der industriellen Schweinemast der Einsatz von Wachstumshormonen erlaubt ist, darf nur hormongefreies Schweinefleisch in die EU exportiert werden. Diese enorme Erhöhung erklärt sich dadurch, dass den kanadischen Bauern ein Anreiz zum Aufbau einer hormongefreien Produktion gegeben werden soll, wenn die EU an ihrem Verbot des Hormoneinsatzes festhält (analog zum Rindfleischsektor mit einer Exporterhöhung von 4.160 Tonnen länderspezifischer Quote auf zukünftig 50.000 Tonnen plus ein Teil einer nicht länderspezifischen Quote von 11.500 Tonnen).

Abb. 1: Die größten Lobbyisten



Quelle: Corporate Europe Observatory (2014)

Welche Ziele und Interessen in die TTIP-Verhandlungen einfließen und welche eben nicht, zeigt auch eine Recherche der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) zum Einfluss von Konzernen und Agrarindustrie. CEO ermittelt, dass die EU-Kommission von Ende 2012 bis zum Frühjahr 2013 von den 560 TTIP-Vorgesprächen 92 Prozent allein mit der europäischen Wirtschaft geführt hat.⁸ Keine andere Branche hatte mehr Treffen als die Agrar- und Ernährungswirtschaft (siehe Abb. 1).

Es fanden 113 Treffen mit multinationalen Lebensmittelkonzernen, Agrarhändlern und Saatgutherstellern statt. Das schafften nicht einmal die Automobil-, Finanz-, Chemie- und Pharmazielobby zusammen. Oben auf der Lobbyingliste europäischer Agrarkonzerne stehen EUCOLAIT, der europäische Milchindustrieverband, und die Vereinigung der europäischen

Ernährungsindustrie FoodDrinkEurope mit jeweils acht Treffen. Nestlé hatte zwei Treffen. Ferner sind beispielsweise Molkereivertreter, die Düngemittelindustrie und Vertreter der Biotechnologie in der Liste zu finden.

Das zeigt einmal mehr, dass nicht nur die USA und Kanada Interesse an diesen Abkommen haben, sondern auch europäische Unternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie. Abkommen wie CETA und TTIP sollen im Kern und in ihrer Ausrichtung dazu dienen, den Konzernen neue Instrumente an die Hand zu geben, via völkerrechtlich bindender Handelsverträge ihre kommerziellen jeweiligen Interessen künftig leichter durchzusetzen und unliebsamen Regulierungen vorzubeugen. Es wird daher nicht reichen, einzelne Kapitel wie den Investitionsschutz aus den Verträgen herauszunehmen.

Alessa Hartmann

Wirtschaftsinteressen vor Demokratie?

Bisherige Erfahrungen mit Klagerrechten für Konzerne

Im Mai 2013 beschloss die kanadische Provinz Québec ein Moratorium gegen das dortige Gasfracking, da man durch den Abbau des Gases durch Fracking hohe Belastungen für Umwelt und Gesundheit fürchtete. Der amerikanische Konzern Lone Pine Resources reichte daraufhin eine Klage bei einem internationalen Schiedsgericht gegen die kanadische Regierung ein. Er forderte finanzielle Kompensation aufgrund entgangener Profite in der Höhe von 191 Millionen Euro.

Wie ist das möglich? Was derzeit hinter verschlossenen Türen zwischen der EU und der USA verhandelt wird, ist in Nordamerika schon Realität. Seit 1994 existiert dort ein Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Darin enthalten ist auch ein Investitionsschutzkapitel mit einem sog. Investor-Staat-Klagerecht (ISDS).

Wenn das geplante Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) abgeschlossen wird, dann wird es darin nach dem Willen der Verhandlungspartner auch ein solches ISDS geben. Das bedeutet, dass die über 14.400 US-Konzerne, die in Europa mehr als 50.800 Niederlassungen haben¹, das Recht erhalten, gegen die Gaststaaten zu klagen, wenn sie ihre Gewinnerwartungen bedroht sehen, etwa wie im Fall von Lone Pine gegen Kanada durch geplante oder verabschiedete Gesetze zum Schutz der Umwelt oder Gesundheit, aber auch durch Auflagen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder zur Lebensmittelsicherheit. So werden Initiativen, die das Ziel haben, strengere Regulierungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen, im Keim erstickt; die Demokratie wird von Konzerninteressen letztlich ausgehebelt.

Paralleljustiz in Hotelzimmern ...

Die Klagen werden nicht vor nationalen Gerichten, sondern vor internationalen Schiedsgerichten verhandelt. Drei Schiedsrichter entscheiden hinter verschlossenen Türen in einem Hotelzimmer in Wien oder Paris über die Fälle. Gegen die einmal gefällten Schiedssprüche kann keine Revision eingelegt werden, sie sind bindend, die unterlegene Partei zahlt. Das ist oftmals der Staat, der die Entschädigungssummen in Millionenhöhe dann mit dem Geld der Steuerzahler aufbringen muss. Selbst wenn der Staat einen Fall gewinnt, fallen Verhandlungskosten in Höhe von durchschnittlich acht Millionen US-Dollar an, die meist mit Steuergeldern beglichen werden.²

Auch die Rolle der drei Schiedsrichter ist höchst umstritten.³ Nur 15 Schiedsrichter sind bislang in 55 Prozent aller Investor-Staat-Klagefälle involviert gewesen, oftmals rotieren sie, vertreten mal die Interessen des Staates, mal die des Investors. Interessenskonflikte sind vorprogrammiert. Zudem können die Richter bis zu 3.000 US-Dollar am Tag verdienen – ein Anreiz, möglichst viele Fälle zu verhandeln.

Bei über 568 bis Ende 2013 bekannten Investor-Staat-Klagefällen (Tendenz steigend), bei denen es um Summen in Milliardenhöhe geht, wundert es nicht, dass nicht nur die Konzerne scharf auf das Investitionsschutzkapitel im TTIP sind. Auch für viele Anwaltskanzleien ist das ISDS längst zu einem Geschäft geworden. Einige Kanzleien haben sich darauf spezialisiert und motivieren Unternehmen aktiv, Klagen gegen Staaten anzustreben.

Sollte TTIP einen Investor-Staat-Klagemechanismus beinhalten, dann ist eine Klagewelle zu erwarten. Schließlich ►

Ein alternatives Handelsmandat

»TTIP und CETA stoppen!« ist daher die zentrale Forderung der deutschen und europäischen zivilgesellschaftlichen Bewegung. Wie eine zukunftsfähige Handelspolitik aussehen muss, hat die Zivilgesellschaft in Europa in einem vierjährigen Konsultationsprozess in einem Entwurf zu einem »Alternativen Handelsmandat«⁹ zusammengefasst. Ausgewählte Aussagen sind:

- Zentrale Prinzipien wie Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz müssen die Grundlage der EU-Handelspolitik sein.
- Die EU soll unabhängiger vom Import von Fleisch und Futtermitteln sowie Agrotreibstoffen werden, deren Exportproduktion im globalen Süden verheer-

rende Auswirkungen auf die Umwelt und die bäuerliche Landwirtschaft hat.

- Europäische Konzerne sollen von der EU für außerhalb der EU begangene Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und Steuerflucht zur Verantwortung gezogen werden.
- Beim Aushandeln von Handels- und Investitionsverträgen sollen nationale Parlamente und die Zivilgesellschaft eine deutlich größere Rolle spielen und der Einfluss großer Unternehmen zurückgedrängt werden.

Handelspolitik muss demokratisch und unter Einbeziehung aller Länder, auch der armen und ärmsten dieser Welt, gestaltet werden. Das bedeutet vor allem, dass die Anliegen auch von den Betroffenen, also Bäuerinnen und Bauern sowie von der zivilgesellschaft-

wurden die bisher bekannten Verfahren weltweit zu 24 Prozent von amerikanischen Investoren geführt, 40 Prozent gehen auf das Konto europäischer Konzerne.⁴

Übrigens: Die Verhandlungen um das CETA-Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU sind beinahe abgeschlossen (Stand: Ende Oktober 2014). Auch das CETA wird mit einem ISDS ausgestattet sein, mit dem es neben kanadischen Konzernen auch (amerikanischen) Tochterunternehmen in Kanada möglich sein wird europäische Staaten zu verklagen!

... trotz funktionierendem Rechtssystem

Dabei ist der Klagemechanismus im TTIP und CETA eigentlich überflüssig, schließlich verfügen die Länder Europas und die USA bereits über hoch entwickelte nationale Rechtssysteme, so dass ein Weg über ein intransparentes internationales Schiedsgericht nicht notwendig ist. Konzerne könnten theoretisch vor den nationalen Gerichten klagen. Auch die deutsche Regierung hat eingeräumt, dass sie die Investor-Staat-Klagerechte im TTIP und CETA aufgrund der bestehenden nationalen Rechtssysteme als nicht notwendig ansieht. Diese exklusiven Rechte können nationale Rechtssysteme umgehen und geben Konzernen das alleinige Recht vor internationalen Schiedsgerichten zu klagen. Nationale Investoren, geschweige denn die Bürgerinnen und Bürger, haben dieses Privileg nicht.

Auch das Argument der EU-Kommission, Investitionsschutz garantiere Investitionen, ist umstritten. So räumt eine interne Studie der EU-Kommission von 2010 ein, dass es keine klaren Daten zu dieser Vermutung gäbe; und Länder wie Brasilien haben nie bilaterale Handelsabkommen unterzeichnet und haben dennoch keine Probleme Investoren anzuziehen.

Dass es auch ohne geht, zeigt der Fall Südafrika: Die südafrikanische Regierung hat im November 2013 sein Investitionsabkommen mit Deutschland gekündigt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Public Citizen (Ed.): TAFTA: Empowering corporations to bypass domestic courts and attack consumer and environmental safeguards before extrajudicial tribunals. Washington, D. C. 2013 (www.citizen.org/documents/tafta-investor-state-factsheet.pdf).
- 2 Vgl. S2B-Network, CEO, TNI (Eds.): A transatlantic corporate bill of rights – Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest and democracy. October 2013, p. 4 (<http://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/transatlantic-corporate-bill-of-rights-oct13.pdf>).
- 3 Zur Rolle der Schiedsrichter siehe auch die Studie von Corporate Europe Observatory und dem Transnational Institute: Profiting from injustice. How law firms, arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom. Brussels/Amsterdam 2012 (<http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/profitting-from-injustice.pdf>).
- 4 S2B-Network et al. (siehe Anm. 2), S. 2.
- 5 European Commission: Report Mission to Beijing, 9–12 March 2010, dated 12 March 2010, Trade B1-MK/dc (2010) 2976. According to the report, the mission included a seminar on investment where »both parties agreed in principle that there is no clear data showing that BIT's do improve investment flows, however they provide industry with the necessary legal certainty« (http://corporateeurope.org/international-trade/2014/04/still-not-loving-isds-10-reasons-oppose-investors-super-rights-eu-trade#footnote1_930ueij).



Alessa Hartmann

Referentin Internationale Handelspolitik
beim Forum Umwelt und Entwicklung

Marienstr. 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: hartmann@forumue.de

Folgerungen & Forderungen

- Die geplanten CETA und TTIP-Abkommen offenbaren eine einseitige Ausrichtung auf die Interessen global agierender Unternehmen und Konzerne insbesondere auch der Agrar- und Ernährungsindustrie.
- Instrumente wie der Investorenschutz und die »Regulatorische Kohärenz«, ein Frühwarnsystem gegen unliebsame Regulierungen, ermöglichen Konzernen die Verfolgung ihrer (Umsatz-)Ziele und (Gewinn-)Interessen.
- Europaweit stellen sich zahlreiche Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft gegen diese Freihandelsabkommen, fordern einen Stopp der Verhandlungen und auch mit Blick auf die EU eine generell andere Handelspolitik.
- Zu den zentralen Prinzipien eines »Alternativen Handelsmandats« zählen die Menschenrechte, die Arbeitnehmerrechte und der Umweltschutz. Parlamente und die Zivilgesellschaft sind in die Aushandlungsprozesse einzubeziehen.

lichen Bewegung in die Verhandlungen mit einbezogen werden müssen. In einem weltweiten »Transfair«-Diskurs gehören die sozialen und ökologischen Rechte für die Menschen in aller Welt in den Vordergrund.

Ziel ist der Erhalt und die Stärkung einer bäuerlichen ökologischeren Landwirtschaft, einer qualitätsorientierten Lebensmittelerzeugung, einer artgerechten Tierhaltung, einer regionalen Erzeugung, von fairen Arbeitsbedingungen, der Verzicht auf Risikotechnologien, ein Stopp der Monopolisierung der Lebensmittelmärkte durch geistige Eigentumsrechte und ein fairer Handel mit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der gesamten Welt. Die Ernährungssouveränität aller Länder muss gewährleistet werden.¹⁰

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Martin Häusling: Freihandel untergräbt Zukunftschancen und Demokratie. Nachhaltige Landwirtschaft, Verbraucherrechte und demokratische Kontrolle bleiben auf der Strecke. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 41–45.

Anmerkungen

- 1 »Europäische Kommission will Bürgereinfluss bei TTIP und CETA ausschalten, Pressemitteilung von Stop TTIP vom September 2014 (<http://stop-ttip.org/europaeische-kommission-will-buergereinfluss-bei-ttip-und-ceta-ausschalten/>).
- 2 »TTIP unfairhandelbar«: »TTIP« Nein Danke! – Transatlantische Partnerschaft geht anders (www.ttip-unfairhandelbar.de/).
- 3 EU-Kommission: Preliminary report (statistical overview). Online public consultation on investment protection and investor-to-state dispute settlement (ISDS) in the Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement (TTIP). Brüssel Juli 2014.
- 4 TTIP: Cross-cutting disciplines and Institutional provisions. Positionpaper – Chapter on Regulatory Coherence (<http://corporateeurope.org/sites/default/files/ttip-regulatory-coherence-2-12-2013.pdf>).
- 5 Deutscher Bundestag: Ausschussdrucksache 18 (10) 120-B. Stellungnahme der Einzelsachverständigen Virginia Robnett (Coalition for Sensible Safeguards, Center for Effective Government) zur öffentlichen Anhörung »Geplantes Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP)« am 30. Juni 2014 in Berlin.
- 6 Ebd.
- 7 CETA consolidated text. Brüssel, 5. August 2014 (www.tageschau.de/wirtschaft/ceta-101.html).
- 8 Corporate Europe Observatory (CEO): Who lobbies most on TTIP? (<http://corporateeurope.org/international-trade/2014/07/who-lobbies-most-ttip>).
- 9 Alternative Trade Mandate (Ed.): Trade: time for a new vision. The Alternative Trade Mandate (www.alternativetrademandate.org/wp-content/uploads/2013/09/ATM-Dokument-Final-EN.pdf).
- 10 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): Freihandelsabkommen stoppen – unübersehbare Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft. Einschätzung zum Transatlantischen Handels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA. Berlin/Hamm, April 2014 (www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Welthandel/einsch%C3%A4tzungen_AbL_april_2014.pdf).



Berit Thomsen

Referentin für internationale Agrarpolitik der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Bahnhofstraße 31, 59056 Hamm
E-Mail: thomsen@abl-ev.de